

---

Presseinformation Nr. 443

---

3. April 2006

---

**LAURISCHK:**  
**Sprachliche Frühförderung statt Ausgrenzung von  
Migrantenkindern**

---

*BERLIN. Zu der Forderung von Ministerpräsident Edmund Stoiber, Schüler, die die deutsche Sprache nicht beherrschen, nicht einzuschulen, erklärt die Sprecherin für Migration und Integration der FDP-Bundestagsfraktion, Sibylle LAURISCHK:*

Neben dem energischen Einschreiten gegen die nicht tolerierbaren Gewaltexzesse an einigen Schulen, muss eine genaue Problemanalyse und Diskussion über die Ursachen erfolgen. Schnellschüsse wie die Forderung nach Abschaffung der Hauptschule sind wenig hilfreich. Diese Maßnahme würde das Problem nur auf andere Schulformen ausweiten. Wenn beispielsweise Lehrer einer Berliner Schule feststellen, dass 50 Prozent der Schüler dieser Schule „nicht beschulbar“ sind, wird klar, dass viel früher als heute Maßnahmen zur Förderung dieser Kinder ergriffen werden müssen. Einen Teil des Problems stellt die vollkommen unzureichende Sprachkompetenz vieler Schüler dar. Schüler, die dem Unterricht nicht folgen können, weil ihnen die grundlegenden Sprachkenntnisse fehlen, werden besonders leicht auffällig. Die FDP fordert die flächendeckende Einführung von frühzeitigen Sprachstandserhebungen zwischen dem 3. und 4. Lebensjahr für alle Kinder. Diese Sprachtests ermöglichen es, gegebenenfalls sofortige Fördermaßnahmen einzuleiten, die dem Entwicklungsstand jedes Kindes gerecht werden. Jedes Kind, das eingeschult wird, muss die deutsche Sprache so beherrschen, dass es dem Unterricht der ersten Klasse folgen kann. Hierzu ist es notwendig, neben der sprachlichen Frühförderung der Kinder auch die Sprachkompetenz der Eltern zu erweitern. Vorschläge, wie von Ministerpräsident Stoiber, die vorsehen, fehlende Sprachkompetenz über Förderklassen und Sonderschulen zu regeln, sind verfehlt. Dies führt nur zu weiterer Ausgrenzung.

Verantwortlich:  
**ISABELLA PFAFF**

**Telefon**  
(030) 227-52388

**Fax**  
(030) 227-56778

**E-Mail**  
pressestelle@  
fdp-bundestag.de

Knut Steinhäuser  
Telefon: (030) 227-52378  
pressestelle@fdp-bundestag.de